



## Inklusiv. Sozial. Gerecht.

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.  
Behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraction.

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Sitzungswoche beschäftigte sich die Linksfraction im Bundestag vor allem mit den Schwerpunkten Überwachungsskandal, Fracking-Verbot, Flüchtlingspolitik und dem Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai. Zur BND-NSA-Affäre beantragte die Fraktion auch eine Aktuelle Stunde im Parlament. Außerdem wurde von der Linksfraction beantragt, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären. Für Millionen von Menschen in ganz Europa war der 8. Mai ein Tag der Hoffnung. Nach quälend langen Jahren des Krieges und der Verfolgung durch den Faschismus waren sie von der tyrannischen Herrschaft der Hitler-Clique befreit worden. Auch in Deutschland selbst ermöglichte erst der Sieg der Alliierten, allen voran der Sowjetunion, die Zerschlagung des mörderischen Nazi-Regimes. Deshalb sollte der 8. Mai endlich als offizieller Gedenk- und Feiertag zelebriert werden.

In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß beim Lesen!

*Katrin Werner*

### Aktuelles



#### Tag der Befreiung vom NS-Regime

Am 8. Mai 1945, heute vor 70 Jahren, beendete die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht das grausame Morden des Zweiten Weltkrieges. Über 50 Millionen Menschen verloren in diesem von Hitler und den Nazis vom Zaun gebrochenen Krieg ihr Leben. Die im Sommer 1941 überfallene Sowjetunion trug dabei die Hauptlast der Kämpfe und erbrachte bei der Zerschlagung des Faschismus die größten Opfer. „Dass die Kanzlerin die Einladung zum Tag des Sieges nach Moskau ausgeschlagen hat, ist eine Beleidigung der Menschen, die für die Befreiung unseres Landes auf grausame Weise ihr Leben gelassen haben. So darf man nicht mit einem Volk umgehen, dass die Hauptlast des Zweiten Weltkrieges getragen hat“, so Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraction im Bundestag. [Zum Artikel](#)



## Tarifeinheit per Gesetz: eine verdammt blöde Idee

„Die SPD will mit dem Tarifeinheitsgesetz die unabhängige Tarifpartnerschaft zwischen Arbeitgebern, Beschäftigten und den jeweiligen Verbänden stärken. Ob man aber so die Tarifautonomie wirklich stärkt, bezweifeln mittlerweile neben Arbeitsrechtlern und Opposition auch ganze Gewerkschaftsverbände und die Untergliederungen fast aller Gewerkschaften. Langsam dürfte auch dem letzten SPD-Mitglied auf der Regierungsbank ein Licht aufgegangen sein, dass sie mit ihrem Tarifeinheitsgesetz auf dem Abstellgleis gelandet sind. [...] DIE LINKE erteilt dem Tarifeinheitsgesetz als Ganzem, erst recht nach der gestrigen Anhörung, eine klare Absage. Dass derzeit in der Gesellschaft so viel über die Frage von Streiks diskutiert wird, hat erfreulicherweise den Nebeneffekt, dass wichtige Tarifverhandlungen so Gehör bekommen und auch medial stattfinden – sei es die Aufwertungstarifrunde in den Sozial- und Erziehungsberufen, der Kampf gegen Lohndumping durch Ausgliederung bei der Deutschen Post oder der Streik für mehr Personal an der Berliner Charité. Die Beschäftigten haben verstanden, worum es geht“, erklärt die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Jutta Krellmann. [Zum Artikel](#)



**Flüchtlinge  
schützen,  
nicht ertrinken  
lassen!**

**DIE LINKE.**

www.linke und in europa.de

## Rassistische Stimmungsmache beenden - Brandanschläge verhindern!

In der Nacht vom 5. auf den 6. Mai haben Unbekannte einen Brandanschlag auf eine sich im Bau befindliche Unterkunft für Refugees verübt. Die Brandstifter handelten vermutlich aus fremdenfeindlichen Motiven.

„Ich bin erschüttert, dass nach den vielen Schreckensmeldungen aus ganz Deutschland, nun auch in Rheinland-Pfalz ein Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft stattgefunden hat. Dies zeigt: Rassismus ist ein gesamtdeutsches Problem und die Politik muss auf der Stelle die populistische Stimmungsmache unterlassen!“ fordert Katrin Werner. [Hier weiterlesen](#)



## Solidarität mit den streikenden ErzieherInnen

„Ich bin solidarisch mit den streikenden ErzieherInnen. Diese Gehaltserhöhung ist längst überfällig. Das Lohnniveau in sozialen Berufen ist viel zu niedrig, dabei sind gerade sie wichtig für unsere Gesellschaft. Durch höhere Gehälter werden diese Berufe attraktiver und so werden mehr Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet, die wir auch dringend benötigen. Die Mehrkosten der Gehalterhöhung dürfen wir jedoch nicht über höhere Gebühren auf die Eltern abwälzen. Kinderbetreuung muss als soziales Grundrecht für Eltern und Kinder verankert und umgesetzt werden, denn Kitas und Kindergärten sind Orte der Bildung. Betreuungsplätze müssen daher gebührenfrei und unabhängig vom Einkommen der Eltern garantiert werden“, so Katrin Werner, Bundestagsabgeordnete der Linkfraktion. [Hier nachlesen](#)

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## DIE LINKE vom 6. – 8. Mai im Plenum

Der Bundestag hat sich in der letzten Sitzungswoche mit folgenden parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE beschäftigt. [Hier nachlesen](#)



## Besuch aus Rheinland Pfalz

Am 29. Mai besuchte mich eine Gruppe interessierter Bürgerinnen und Bürger zum Gespräch im Bundestag. Hier unser gemeinsames Foto im Paul-Löbe-Haus.



## Hebammen aktiv unterstützen!

- Flächendeckende Versorgung mit Hebammen!
- Öffentlicher Haftungsfonds für Hebammen!
- Wahlfreiheit bei Geburtsart und -ort!
- Hebammengeleitete Kreißsäle fördern!
- Höhere Investitionen in Geburts- und Kinderkliniken!

**DIE LINKE.**

[www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de)

*Die Forderungen der LINKEN Trier-Saarburg*

### Hebammen in Not: Jetzt muss gehandelt werden!

Wie im gesamten Bundesgebiet hat sich die Lage der freiberuflichen Hebammen in den letzten Jahren auch in Rheinland-Pfalz dramatisch zugespitzt. „Das Kernproblem liegt hier bei der gesetzlich vorgeschriebenen Berufshaftpflichtversicherung, die durch ständig steigende Beitragssätze für die Mehrheit der Hausgeburtshelferinnen nicht mehr finanzierbar ist. Deshalb haben in der Region Trier in den letzten Monaten alle verbliebenen freiberuflichen Hebammen ihre Tätigkeit aufgeben müssen“, erklärt die Trierer Bundestagsabgeordnete Katrin Werner (DIE LINKE). [Hier weiterlesen](#)

Die prekäre Situation der Hebammen hat die rheinland-pfälzische LINKE dazu veranlasst, eine politische Offensive zu diesem Thema zu starten. Teil der Initiativen der LINKEN sind eine Anfrage zur Situation der freiberuflichen Hebammen in Rheinland-Pfalz an die Landesregierung, ein Offener Brief an die im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Fraktionen und ein Antrag zur Unterstützung der Hebammen in der Region, der von der Linksfraktion im Trierer Stadtrat gestellt wird. Alle drei Dokumente sind online aufrufbar.

[Die Anfrage hier Nachlesen.](#)

[Der offene Brief zum Nachlesen.](#)

[Der Antrag der Linksfraktion Trier zum Nachlesen.](#)



### 1. Mai in Trier: Oskar Lafontaine und Eröffnung der Kampagne „Das muss drin sein“

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, war Oskar Lafontaine Redner bei der DGB-Kundgebung in Trier. Er forderte eine Rückverteilung von den Vermögenden zu den Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Rentnern. Bei der Kundgebung zum 1. Mai in Trier erklärte er: „Es geht darum, den Menschen wieder zurück zu geben, was man ihnen nach meiner Ansicht widerrechtlich weggenommen hat, weil man ihnen den Ertrag ihrer Arbeit nicht ausgezahlt hat. Große Betriebsvermögen müssen zu Belegschaftsvermögen werden, die nicht veräußerbar sind, damit die Arbeit Tausender nicht zum Vermögensaufbau eines Einzelnen dient. Wer über Politik redet und über die Eigentumsfrage nicht, der sollte eigentlich nach Hause gehen. Wie entsteht Eigentum? In der Zeit der Aufklärung hat man gesagt: Eigentum entsteht durch Arbeit. Und nicht dadurch, dass man andere, und zwar Hunderte, Tausende für sich arbeiten lässt. Kehren wir zurück zur Formel der Aufklärung. Lassen wir Eigentum wieder durch Arbeit entstehen.“ [Rede bei YouTube](#)

Am gleichen Tag eröffnete DIE LINKE Trier-Saarburg gemeinsam mit den Kreisverbänden Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich die Kampagne "Das muss drin sein" in Trier. Bei einem gut besuchten Infostand gleich beim Weltkulturerbe Porta Nigra informierten die Genossinnen und Genossen Passantinnen und Passanten mit Flyern, "Klar"s und guten Argumenten für ein sozialeres Rheinland-Pfalz. [Zur Kampagne](#)



## Neue Entwicklungen im Fall Burgunderviertel

Am 10. Und 11. Februar 2015 fand im Trierer Burgunderviertel eine militärische Übung des Fallschirmbataillons 261 aus Lebach mit Waffen und Diensthunden statt. Die Übung wurde inmitten eines zivilen Wohnviertels und in unmittelbarer Nähe zweier Kindergärten durchgeführt. Abgesichert war das Manöver, über das weder Anwohner noch die Kitas informiert wurden, lediglich durch Schilder mit der Aufschrift „Achtung, freilaufende Diensthunde“.

Auf Anfrage der Linksfraktion im Trierer Stadtrat, lagen der Verwaltung keine Anträge zur Genehmigung einer Militärübung vor. Lediglich ein Überlassungsvertrag zur Nutzung des Burgunderviertels wurde zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) und der Bundeswehr geschlossen – unter Ausschluss der städtischen Administration. Der damals amtierende Oberbürgermeister Klaus Jensen gab sich hilflos: „Soweit wir in Erfahrung bringen konnten, besteht auf Bundesgebiet keine solche Verpflichtung.“

**Weiterlesen.**

## Behindertenpolitik



### Starkes Zeichen für eine inklusive Gesellschaft

Anlässlich des europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung sind am 5. Mai in Berlin bis zu 1500 Menschen auf die Straße gegangen. Die Demonstration unter dem Motto „Aufzug statt Auszug“ startete um 11 Uhr vor dem Bundeskanzleramt und zog bis zum Brandenburger Tor. Eine zentrale Forderung der Demonstrierenden war die Beseitigung von bestehenden baulichen Barrieren im öffentlichen Raum und die Schaffung barrierefreier Wohnungen.

„Gleiche gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht, doch sie kann nur in einer barrierefreien Umgebung umgesetzt werden. Daher ist es wichtig, bestehende bauliche und kommunikative Barrieren endlich abzubauen. Inklusion ist nicht ohne Investition zu erreichen. Deshalb muss die Bundesregierung die versprochenen fünf Milliarden Euro wieder an die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes binden. Sonst besteht die Gefahr, dass das längst überfällige Gesetz zum Papiertiger wird“, so Katrin Werner behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. **Hier weiterlesen**



## UN-Menschenrechtsempfehlungen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen! – Rede im Bundestag

„Meine sehr geehrte Damen und Herren, vor gut sechs Wochen verabschiedete der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf seine Empfehlungen zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Wir begrüßen diese Empfehlungen sehr. Denn sie zeigen uns für Deutschland eins ganz deutlich: Wir sind immer noch meilenweit entfernt von einer inklusiven Gesellschaft, in der jeder Mensch selbstbestimmt und gleichberechtigt teilhaben kann. Egal ob jung oder alt, egal ob mit Beeinträchtigung oder ohne, egal ob mit Migrationshintergrund oder ohne. Es fehlt der Bundesregierung nach wie vor an einer Menschenrechtsperspektive. In Genf waren die Antworten der Bundesregierung meist sehr unkonkret. Bei Themen der Entwicklungszusammenarbeit wurde keine einzige Frage beantwortet. Würde die Regierung aus einem Menschenrechtsbewusstsein heraus agieren, würde sie die noch offenen Fragen des UN-Ausschusses endlich konkret beantworten.“ [Rede zum Nachlesen](#)



### Gebärdensprache endlich auch im Bundestag!

Am Montag fand in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin eine Veranstaltung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und einiger daran angrenzender Länder statt. Zu Gast war u.a. Ulla Schmidt, MdB, und Vizepräsidentin des Bundestags und Bundesvorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe.

Ulla Schmidt kündigte an, dass das Präsidium des Bundestages diese Woche noch beschließt, alle Debatten in den Kernzeiten in Gebärdensprache zu übersetzen.

Endlich scheint Barrierefreiheit auch im Bundestag ein Stück weit angekommen zu sein!

## Neue Publikationen



### Rosa-Luxemburg-Stiftung – 100 Tage SYRIZA-Regierung

Zum hunderttägigen Bestehen der SYRIZA-Regierung in Griechenland hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Form einer multimedialen Timeline Bilanz gezogen. Die Darstellung umfasst die bisher wichtigsten Ereignisse und Entscheidungen der griechischen Regierung seit ihrem Amtsantritt am 26. Januar und zeigt vor allem die wirtschaftliche Erpressung der Linksregierung und die mediale Hetze gegen sie durch die Mächtigen der EU auf. [Zur Timeline](#)

### Sitzung des Landesausschusses

Der Landesausschuss der rheinland-pfälzischen LINKEN wird am 9. Mai in Kaiserslautern tagen. Themen werden vor allem das Gedenken an den 70. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und die KandidatInnenliste für die kommende Landtagswahl im nächsten Frühjahr sein.

SAMSTAG 09. MAI 2015 – 11:00 UHR – KAISERSLAUTERN – HOTEL GASTHOF AM RATHAUS

### Besondere VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste

Die Besondere VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Wahl zum 17. Rheinland-pfälzischen Landtag im Frühjahr 2016 findet am 30.05.2015 unter dem Motto „Reichtum besteuern! Armut bekämpfen! Prekäre Beschäftigung stoppen!“ in Mainz statt.

SAMSTAG 30. MAI 2015 – 10:00 UHR – MAINZ – [Mehr Informationen hier](#)

### „Zukunft der Arbeit – Soziale Sicherung im Alter“

Der DGB-Kreisverband Bitburg-Prüm organisiert am 18. Mai in Bitburg unter dem Titel „Zukunft der Arbeit – Soziale Sicherung im Alter“ einen Vortrag mit anschließender Diskussion zu den kommenden Herausforderungen in der sich verändernden Arbeitswelt.

MONTAG 18. MAI – 19:30 UHR – BITBURG – [Mehr Informationen hier](#)

### Frühlingsakademie der Kommission Politische Bildung

Unter dem Titel „Die große Verunsicherung bekämpfen“ will die Kommission Politische Bildung der Partei DIE LINKE sich fünf Tage mit den Auswirkungen von Prekarität in Deutschland und Europa auseinandersetzen. Hierzu sind über 20 Veranstaltungen und Workshops geplant, unter anderem mit Bernd Riexinger, Klaus Dörre, Claudia Haydt, Gisela Notz, Katrin Mohr, Theodoros Paraskevopoulos und Thomas Wagner.

MITTWOCH 13. – SONNTAG 17. Mai – BERNAU (BEI BERLIN) – [Mehr Informationen hier](#)

## Kontakt

### Bundestagsbüro in Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
*Telefon:* (030)-227-74337  
*Telefax:* (030)-227-76337  
*E-Mail:* [katrin.werner@bundestag.de](mailto:katrin.werner@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro in Trier

Paulinstr. 1-3  
54292 Trier  
*Telefon:* (0651)-1459225  
*Telefax:* (0651)-1459227  
*E-Mail:* [katrin.werner.wk@bundestag.de](mailto:katrin.werner.wk@bundestag.de)

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

**DIE LINKE.**  
RHEINLAND-PFALZ

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Trier-Saarburg

**DIE LINKE.**  
Linksfraktion im Trierer Stadtrat

[Anmelden](#) / [Abmelden](#)